Landtag
Nordrhein-Westfalen
18. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 18/1176
13.03.2026

Ausschuss für Europa und Internationales

46. Sitzung (öffentlich)

13. März 2026

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:03 Uhr bis 11:01 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Lara Jähnke

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Grenzenloses Ausreiten ermöglichen – Hürden im Reitsport zwischen Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden abbauen **5**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/13674

Ausschussprotokoll 18/1072 (Anhörung vom 19.11.2025)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

2 Bericht über den Ausschuss der Regionen *(halbjährliche Berichterstattung der Landesregierung)* **7**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4679

– Wortbeiträge

3 Woche der Menschenrechte 2025 *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)* **8**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4914

– Wortbeiträge

4 Fehlende Finanzierung des Programms „Konkreter Friedensdienst“ im Haushalt 2026 *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlagen 1 und 2])* **9**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4921

– Wortbeiträge

5 Der EU-Reisepass, die EU-Travel-App – und was mit unseren Daten in Europa passiert *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlagen 1 und 2])* **10**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4834

– Wortbeiträge

6 Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland bzw. das Land Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlagen 1 und 2])* **11**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4920

– Wortbeiträge

7 Aktueller Sachstand zur EU-Kohäsionspolitik zum 31.12.2025 *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlagen 1 und 2])* **12**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4873

– Wortbeiträge

8 Sachstandsbericht zur illegalen Entsorgung von Drogenmüll aus den Niederlanden in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlage 2])* **13**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4913

– Wortbeiträge

9 Aktueller Stand zur Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 3])* **15**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4922

– Wortbeiträge

10 Landeshauptstadt Düsseldorf tritt aus EUREGIO-Netzwerk aus *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 3])* **16**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4915

– Wortbeiträge

11 Verschiedenes **19**

a) Vorankündigung eines Termins am 29. Juni 2026 von 10:00 Uhr bis 16:30 Uhr **19**

b) Möglicher Besuch des nordmazedonischen Außenministers in der Sitzung am 17. April 2026 **19**

Der Ausschuss befürwortet bei Ablehnung der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abwesenheit der AfD-Fraktion eine Teilnahme des nordmazedonischen Außenministers an der Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 17. April 2026 zu erbitten.

c) Nachtrag zu Tagesordnungspunkt 6 – Verfahren der Bewilligung von Ausnahmegenehmigungen zum Besuch ausländischer Schulen in den an NRW angrenzenden Staaten – in der Sitzung am 5. Dezember 2025 20

* * *

1 Grenzenloses Ausreiten ermöglichen – Hürden im Reitsport zwischen Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden abbauen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/13674

Ausschussprotokoll 18/1072 (Anhörung vom 19.11.2025)

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 21.05.2025)

Vorsitzender Stefan Engstfeld weist auf die Auswertung der Anhörung in der Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales vom 5. Dezember 2025 hin (siehe Ausschussprotokoll 18/1089).

Die Sachverständigen hätten den Antrag sehr befürwortet, stellt **Dr. Werner Pfeil (FDP)** fest. Die abschließende Beratung des vorliegenden Antrags im Plenum werde in Verbindung mit dem Antrag Drucksache 18/18110, in dem die Abschaffung der Reitabgabe gefordert werde, stattfinden.

Der Antrag Drucksache 18/18110 basiere auf den Erkenntnissen der Anhörung und werde zur direkten Abstimmung gestellt. Er werbe auch für diesen Antrag um Zustimmung. Außer Berlin und Nordrhein-Westfalen erhebe kein Bundesland eine Reitabgabe. Der Landesrechnungshof plädiere aufgrund der Bürokratie und der zu hohen Kosten für ihre Abschaffung. Im Jahr 2021 sei die Transparenzkommission zu dem Schluss gekommen, dass die Reitabgabe keinerlei Vorteile mit sich bringe und daher abgeschafft werden solle. Seiner Erinnerung nach halte der Städte- und Gemeindebund die Reitabgabe für nicht mehr zeitgemäß.

Romina Plonsker (CDU) verweist auf den themenverwandten Antrag Drucksache 18/13816 der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen, der am 9. Juli 2025 im Plenum verabschiedet worden sei. Dieser sei laut der zum vorliegenden FDP-Antrag angehörten Sachverständigen weitgehender und besser.

Berivan Aymaz (GRÜNE) schließt sich ihrer Vorrednerin an. Die Pflicht zur Einholung eines Gesundheitszeugnisses behindere den grenzüberschreitenden Reitsport wesentlich. Durch den Antrag der regierungstragenden Fraktionen sei diese Hürde angegangen worden, was die FDP-Fraktion außer Acht lasse. Im Gegensatz zur FDP-Fraktion, die ihren Antrag auf den Naturpark Schwalm-Nette beschränke, hätten die regierungstragenden Fraktionen keine räumliche Beschränkung vorgenommen.

Die SPD-Fraktion habe dem Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt und werde auch dem vorliegenden Antrag zustimmen, so **Andrea Reh (SPD)**.

Dr. Werner Pfeil (FDP) weist darauf hin, dass sich in der Anhörung zu dem vorliegenden Antrag der Fraktion der FDP nur einige Sachverständige indirekt zu dem Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen geäußert hätten, und zwar auf Nachfrage von Dr. Günther Bergmann (CDU). Zu dem Antrag der regierungstragenden Fraktionen sei keine Anhörung durchgeführt worden.

Er danke der SPD-Fraktion für die Zustimmung.

> Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

2 Bericht über den Ausschuss der Regionen *(halbjährliche Berichterstattung der Landesregierung)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4679

Josef Neumann (SPD) erkundigt sich bei der Landesregierung nach dem Fortschritt beim Entscheidungsprozess, wer das ordentliche Mandat des Landes Nordrhein-Westfalen im Ausschuss der Regionen besetzen solle. Zudem interessiere ihn die Rolle, die die Verhandlungen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2028–2024 im Ausschuss der Regionen spielten. Für die Bundesländer seien diese insbesondere hinsichtlich der Kohäsionspolitik von Bedeutung.

StS Christian Wiermer (MBEIM) dankt Stefan Engstfeld (GRÜNE), der Nordrhein-Westfalen als stellvertretendes Mitglied im Wege der Stimmrechtsübertragung in den vergangenen Monaten sehr gut im Ausschuss der Regionen vertreten habe.

Die Landesregierung habe die Willensbildung bezüglich des ordentlichen nordrhein-westfälischen Mitglieds im Ausschuss der Regionen abgeschlossen und werde demnächst einen entsprechenden Kabinettsbeschluss fassen. Dieser müsse dann über die Ministerpräsidentenkonferenz, die Ständige Vertretung bei der Europäischen Union, den Europäischen Rat an das Sekretariat weitergeleitet werden. Der Ausschuss für Europa und Internationales werde zeitnah über die Benennung informiert.

Der Mehrjährige Finanzrahmen 2028–2034 sei im Ausschuss der Regionen ein großes Thema und werde in diesem Jahr eine zentrale Rolle spielen. Es hätten sich Regions for Cohesion gebildet.

Der Mehrjährige Finanzrahmen 2028–2034 beherrsche den Ausschuss der Regionen seit der Vorstellung der Pläne der Kommission im vergangenen Jahr, ergänzt **MR Dr. Stefan van Heeck (Staatskanzlei, Vertretung des Landes bei der Europäischen Union)**. Beim Ausschuss der Regionen handele es sich um das zentrale Organ, um die Position der Region zu verdeutlichen. Es werde in allen Sitzungen der Zentralisierungstendenz, dass Fördergelder der Europäischen Union nicht mehr von den Ländern, sondern nur noch vom Bund zugewiesen werden sollten, entgegengewirkt.

Die Einschätzung zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034 bestätigend berichtet **Stefan Engstfeld (GRÜNE)** von der Plenartagung des Ausschusses der Regionen vom 4. März 2026 bis zum 5. März 2026. Die Kohäsionspolitik sei auf Plenartagungen immer wieder Thema, weil sie die Regionen besonders betreffe, und auch mit dem zuständigen Kommissar Piotr Serafin diskutiert worden. Nordrhein-Westfalen bringe sich zu dem Thema ein.

Während der Plenartagung habe er eine Rede zur Chemiestrategie sowie eine zu den aus der Hochwasserkatastrophe im Jahr 2021 gezogenen Konsequenzen gehalten.

3 Woche der Menschenrechte 2025 *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4914

Angesichts der Entwicklungen in Deutschland und weltweit in den vergangenen Jahren halte er das Thema „Menschenrechte“ für wichtiger denn je, so **Josef Neumann (SPD)**. Er danke für den Bericht über die vielen Aktivitäten unterschiedlichster Organisationen in Nordrhein-Westfalen. Es müsse alles dafür getan werden, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen dieses Thema als zentral erachteten. In Anbetracht der derzeitigen Krise der Menschenrechte – er verweise auf den Nahen Osten – dürften die Bemühungen nicht nachlassen.

Die Woche der Menschenrechte habe sich in Nordrhein-Westfalen etabliert, wodurch das Ziel, Land der Menschenrechte zu werden, näher rücke, hebt **Berivan Aymaz (GRÜNE)** hervor. Sowohl die Besetzung der Podien als auch die Anzahl der Teilnehmerinnen seien sehr gut gewesen. Nichtregierungsorganisationen leisteten gute Arbeit, bei einer Ausrichtung durch das Land würden Veranstaltungen aber noch besser angenommen. Zudem böten die Veranstaltungen den Akteurinnen und Akteuren eine Bühne, um ihre Arbeit, Ergebnisse, Beobachtungen, Fragen und Empfehlungen kundzutun.

Sie sei gespannt auf die Schwerpunktsetzung in der Woche der Menschenrechte im Dezember 2026. An Themen und regionalen Schwerpunkten mangele es nicht.

Sie begrüße es, dass durch die Beteiligung verschiedener Ministerien die gesamte Bandbreite des Themas abgedeckt werden könne, ergänzt **Romina Plonsker (CDU)** ihre Vorrednerin.

Das positive Fazit der Woche der Menschenrechte im Jahr 2025 sowie die Einschätzung zur Bedeutung des Themas teile die Landesregierung, so **StS Christian Wiermer (MBEIM)**. Der Landtag Nordrhein-Westfalen sei ebenfalls eingeladen, sich an dieser mit konzeptionellen Ideen und Ansätzen zu beteiligen. Die Landesregierung unterstütze dabei gerne.

Während der Woche der Menschenrechte habe sich auch der Ausschuss für Europa und Internationales mit Belarus beschäftigt. Daran anschließend berichte er, dass in der Woche der Menschenrechte der „Internationale Preis für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Bonn“ von Minister Nathanael Liminski (MBEIM) an Swetlana Tichanowskaja überreicht worden sei.

Im Dezember 2025 sei Maria Kalesnikava aus der Haft entlassen worden. Am 14. März 2026 werde ihr in Aachen „Der Internationale Karlspreis zu Aachen“ persönlich überreicht. Dieser sei ihr im Jahr 2022 in Abwesenheit verliehen worden; entgegengenommen habe den Preis ihre Schwester. Seit ihrer Freilassung hätten sowohl Ministerpräsident Hendrik Wüst als auch er sich mit Maria Kalesnikava getroffen. Das Angebot, nach ihrer Freilassung erst einmal in Nordrhein-Westfalen Zuflucht zu finden, habe sie zwar sehr gut aufgenommen, sich aber für einen anderen Ort in Deutschland entschieden.

4 Fehlende Finanzierung des Programms „Konkreter Friedensdienst“ im Haushalt 2026 *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlagen 1 und 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4921

Für die Jahre 2025 und 2026 seien für den Konkreten Friedensdienst keine Mittel zur Verfügung gestellt worden, obwohl dies möglich gewesen wäre, rekapituliert **Dr. Werner Pfeil (FDP)**. Er werbe bei der Landesregierung und den regierungstragenden Fraktionen dafür, für das Jahr 2027 wieder Mittel bereitzustellen. Angesichts des geringen notwendigen Mitteleinsatzes könne er den Verweis der Landesregierung auf die weiterhin schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen sowie die Tatsache, dass keine alternativen Fördermöglichkeiten geprüft würden, nicht nachvollziehen.

Bereits während der Haushaltsberatungen für das Jahr 2026 sei dargelegt worden, dass kein Projekt wichtiger sei, als eines in dessen Rahmen sich für den Frieden eingesetzt werde, insbesondere hinsichtlich der zunehmenden kriegerischen Auseinandersetzungen.

Gerade in der aktuellen Situation halte er den Einsatz für den Frieden für zentral, merkt **Josef Neumann (SPD)** an. Die benötigten Mittel für den Konkreten Friedensdienst seien überschaubar, und jeder Mitteleinsatz für den Frieden erspare den Einsatz weitaus höherer Mittel für andere Maßnahmen. Daher solle die Aussetzung der Finanzierung für den Konkreten Friedensdienst überdacht werden. Maßnahmen für Frieden, Begegnung, Dialog und Austausch, insbesondere für junge Leute, kosteten Geld. Die Landesregierung unternehme zwar andere Maßnahmen, es müsse aber ein gemeinsames Anliegen sein, möglichst vielen Menschen die Teilhabe zu ermöglichen.

5 Der EU-Reisepass, die EU-Travel-App – und was mit unseren Daten in Europa passiert *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlagen 1 und 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4834

Was mit Daten passiere, hänge vom Bundes- und vom Landesrecht ab, führt **Dr. Werner Pfeil (FDP)** aus. Es müsse darüber nachgedacht werden, inwieweit die Überprüfung von Menschen bei der Strafverfolgung, aber auch generell gewollt sei.

Seit der letzten Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen durch die regierungstragenden Fraktionen bestehe laut § 23 die Möglichkeit, anhand von Daten aus Datenbanken Bewegungsprofile bestimmter Personen zu erstellen.

Die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz von der SPD, Dr. Stefanie Hubig, schlage Änderungen des Strafgesetzbuches und der Strafprozessordnung hinsichtlich der Nutzung persönlicher Daten vor. Diese umfassten den Vergleich von Fotos mit im Internet abrufbaren Bildern.

Es stelle sich auch die Frage, wie mit Daten umgegangen werde, die im Rahmen der geplanten Einführung eines digitalen Reisepasses sowie einer EU-Travel-App gesammelt würden. Dadurch entständen ebenfalls Bewegungsprofile.

Er sei nicht per se gegen solche Möglichkeiten, allerdings müsse bekannt sein, wer auf Daten Zugriff habe, was mit Daten passiere sowie ob Daten irgendwann gelöscht oder für immer gespeichert würden. In diesem Zusammenhang verweise er auf den Streit zwischen der Landesdatenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Minister der Justiz, Dr. Benjamin Limbach. Auf Anweisung des Ministers sei die angedachte Löschung von Daten nicht erfolgt. Wer sich mit diesen Fragen nicht beschäftige, dürfe sich nicht wundern, wenn Daten zu nicht gewünschten Zwecken herangezogen würden.

6 Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland bzw. das Land Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlagen 1 und 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4920

Aus der Auflistung der Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland gehe hervor, dass viele die Bundesebene, manche aber Nordrhein-Westfalen beträfen, hält **Dr. Werner Pfeil (FDP)** fest. Insgesamt liefen 60 Vertragsverletzungsverfahren vor; er sei von 20 bis 25 ausgegangen.

Das Verfahren wegen eines Verstoßes gegen Art. 45 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und Art. 7 der Verordnung (EU) Nr. 492/2011 bezüglich der Berechnung des Kurzarbeiter-, Arbeitslosen- und Krankengeldes für Grenzgänger betreffe Nordrhein-Westfalen. Er erkundige sich, warum die Richtlinie nicht umgesetzt werde. Richtlinien der Europäischen Union könnten unmittelbar gelten, wenn sie innerhalb der Umsetzungsfristen nicht ordnungsgemäß umgesetzt worden seien, sodass für die Bürger kein Nachteil entstehe. Er frage, ob die Richtlinie in diesem Fall unmittelbar gelte.

Die Staatskanzlei habe die gewünschte Auflistung der Vertragsverletzungsverfahren übermittelt, hält **Ri'in Dr. Katharina Krisor-Wietfeld (Staatskanzlei)** fest. Die Umsetzung von Richtlinien und Vertragsverletzungsverfahren lägen in der Verantwortung der Ressorts. Ein aktueller Sachstand werde nicht ständig abgefragt, könne, sofern gewünscht, aber erbeten werden.

Dr. Werner Pfeil (FDP) bittet darum, bis zur Sitzung des Ausschuss für Europa und Internationales am 17. April 2026 zu klären, ob sich für Grenzgänger aufgrund der nicht ordnungsgemäßen Umsetzung der Richtlinie Nachteile ergäben. – **StS Christian Wiermer (MBEIM)** sagt dies zu.

7 Aktueller Sachstand zur EU-Kohäsionspolitik zum 31.12.2025 *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlagen 1 und 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4873

Der Bericht unterstreiche die Bedeutung der im Rahmen der Kohäsionspolitik in Nordrhein-Westfalen verausgabten Fördermittel für die einzelnen Politikfelder, hält **Josef Neumann (SPD)** fest. Ohne diese Mittel könnten viele Projekte nicht umgesetzt werden. Sowohl die Mittel als auch die Mitbestimmung bei deren Vergabe müssten auch über das Inkrafttreten des Mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034 hinaus bestehen bleiben, ansonsten sorge er sich beispielsweise um die nordrhein-westfälische Sozialpolitik.

Die Bedeutung der Mittel sei schon oft hervorgehoben worden, sagt **Dr. Günther Bergmann (CDU)**. Die Landesregierung setze sich dafür ein, dass deren Vergabe auch weiterhin regional stattfinde und nicht zentralisiert werde. Subsidiarität stehe im Fokus. Viele Mitgliedsstaaten der Europäischen Union hätten eine zentralisierte Struktur, und diesen müssten die Vorteile föderaler Strukturen und das Problem einer zentralisierten Mittelvergabe nähergebracht werden.

Vorsitzender Stefan Engstfeld weist darauf hin, dass der Ausschuss für Europa und Internationales eine Diskussion über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034 mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments plane. Er bitte darum, Abgeordnete zur Einladung vorzuschlagen.

Vielen deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament fehle ebenfalls das Bewusstsein für die Bedeutung der Bundesländer in der europäischen Finanzpolitik, führt **Dr. Günther Bergmann (CDU)** daraufhin aus. Es könne nicht schaden, diese durch eine Diskussion im Ausschuss zu unterstreichen. Von den Fördermitteln profitierten viele Projekte, die für Abgeordnete im Europäischen Parlament womöglich nicht oberste Priorität hätten.

8 Sachstandsbericht zur illegalen Entsorgung von Drogenmüll aus den Niederlanden in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4913

Im Bericht werde auf die Vorlage 18/4883, einen Bericht für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 11. März 2026, verwiesen, hält **Dr. Werner Pfeil (FDP)** fest. Diese umfasse eine Darstellung, wo in Nordrhein-Westfalen Probleme mit der illegalen Entsorgung von Drogenmüll aufträten.

In der Region Aachen an der deutsch-belgischen und der deutsch-niederländischen Grenze seien im Jahr 2025 in einem Fall 50.000 l Drogenmüll in großen Kanistern auf einem Grundstück abgeladen worden. Für die Entsorgungskosten in Höhe von 100.000 Euro habe der Eigentümer des Grundstücks aufkommen müssen.

Die FDP-Fraktion habe interessiert, ob solche Fälle auch in anderen Regionen Nordrhein-Westfalens aufträten und wie in Nordrhein-Westfalen mit dem Problem, für das eine Lösung gefunden werden müsse, umgegangen werde.

In den Niederlanden sei dieses Thema lange nicht von Belang gewesen. Nun müsse eng mit den Niederlanden zusammengearbeitet werden, da die Verursacher des Drogenmülls hauptsächlich von dort kämen. Diese führen mit Lkws auf die deutsche Seite der Grenze, lüden dort den Drogenmüll ab und führen zurück. Meistens werde der Drogenmüll an Orten ohne öffentliche Überwachungskameras abgeladen. Die Kosten trügen stets die Eigentümer der Grundstücke: Bei öffentlichen Grundstücken müsste also die öffentliche Hand die Entsorgungskosten tragen.

Es handele sich um ein für Nordrhein-Westfalen wichtiges Thema, sagt auch **Dr. Günther Bergmann (CDU)**. Das Problem bestehe insbesondere an den Autobahnen in Grenznähe, also auf den Zulieferstrecken für Drogentransporte und in räumlicher Nähe zu den Drogenlaboren.

Betroffen sei beispielsweise der Grenzübergang Emmerich-Elten auf der A 3; die Autobahn gehe dort in den Autosnelweg 12 über. Auf dem Grundstück des Grenzübergangs ständen noch die alten Wiege- und Zolleinrichtungen, der Übergang sei aber verdreckt und verwahrlost. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben bekomme den Grenzübergang nicht in den Griff. Es handele sich bei dem Grundstück um einen idealen Ort für die illegale Entsorgung von Drogenmüll. Derzeit würden an dem Grenzübergang wieder Grenzkontrollen durchgeführt, wodurch sich das Problem in die angrenzenden Waldgebiete verlagert habe.

Er würde es begrüßen, würde sich das Land für die Schaffung von Lkw-Parkflächen auf diesem Grenzübergang einsetzen. Die Fläche sei bereits versiegelt, und durch das Entfernen der Einrichtungen würden Versteckmöglichkeiten wegfallen. Das vorhandene

Grundstück müsste nur ertüchtigt werden. Planungsrechtlich beständen keine Hürden, es fehle aber die Bereitschaft des Bundes.

Die zur Herstellung von Drogen benötigen Produkte, darunter Chemikalien, würden an ZARA-Häfen angeliefert werden. Früher hätten sich die Drogenlabore in Tschechien befunden. Heutzutage würden die Anlieferungen direkt in den Niederlanden verarbeitet, wodurch sich die Schmuggler die Hälfte ihrer Logistikkosten sparten. Diese Entwicklung werde dadurch belegt, dass die Polizei gegen viele Drogenlabore vorgegangen sei. Während der bei der Produktion anfallende Drogenmüll früher in Tschechien entsorgt worden sei, werde er heute von den Niederlanden in das deutsche Grenzgebiet gebracht.

Dr. Werner Pfeil (FDP) unterstützt den Vorschlag, alte Grenzübergänge in Parkplätze für Lkw umzuwidmen, von denen es viel zu wenig gebe. Durch einen entsprechenden Ausbau der Grundstücke könnten die schon vorhandenen Parkplätze entlastet und die großen Grenzübergänge ohne großen Aufwand sinnvoll genutzt werden. Die ehemaligen Grenzübergänge würden derzeit zwar für Grenzkontrollen genutzt, seien sonst aber heruntergekommene Orte, an denen alles Mögliche abgelagert werde.

Er schlage vor, dass StS Christian Wiermer (MBEIM) diese Idee zusammen mit dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr und der Landesregierung weiterverfolge und an den Bund – dieser sei zuständig – herantrage. Durch eine Umnutzung könne der Entsorgung von illegalem Drogenmüll auf Parkflächen vielleicht entgegengewirkt werden.

Gegen die Entsorgung im Wald helfe nur die Stilllegung von Drogenlaboren.

Er halte den Vorschlag für interessant, allerdings müssten die Zuständigkeiten geklärt werden, so **StS Christian Wiermer (MBEIM)**. Primär liege die Zuständigkeit beim Bund. Die Umwidmung von ehemaligen Grenzübergängen könnte aber der Kriminalitätsbekämpfung diene, welche wiederum unter die Zuständigkeit des Landes falle. Er werde den Vorschlag mit dem Ministerium des Innern sowie mit dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr erörtern.

Romina Plonsker (CDU) weist darauf hin, dass die Bekämpfung des grenzüberschreitenden Drogenhandels richtigerweise ein wichtiges Thema für Nordrhein-Westfalen sei. Hierüber habe jüngst Minister Herbert Reul (IM) berichtet.

9 Aktueller Stand zur Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4922

Nordrhein-Westfalen sei verpflichtet, das Gemeinsame Europäische Asylsystem umzusetzen, müsse dabei aber den adäquaten Schutz vulnerabler Gruppen sicherstellen, hebt **Josef Neumann (SPD)** hervor. Zu diesen gehörten vor Gewalt geflohene Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung und Frauen. Die zuständigen Stellen und Ministerin müssten sicherstellen, dass sie diesen Anspruch in der Praxis, in ihren Absprachen und bei der Koordination berücksichtigten. Es brauche Personal, das während des Asylverfahrens eine entsprechende Betreuung gewährleiste.

10 Landeshauptstadt Düsseldorf tritt aus EUREGIO-Netzwerk aus *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4915

Die SPD-Fraktion bedauere Austritte aus regionalen Netzwerken, leitet **Andrea Reh (SPD)** ein. Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf habe beschlossen, aus dem Euregio-Netzwerk auszutreten. Der Kreis Heinsberg sei aus der euregio rhein-maas-nord ausgetreten, wogegen die SPD-Fraktion im Kreistag gestimmt habe.

Für solche Entscheidungen liege die Zuständigkeit nicht beim Land. Sie interessiere allerdings, ob der Landesregierung weitere kommunale Akteure bekannt seien, die einen Austritt aus europäischen Netzwerken planten. Zudem wünsche sie zu erfahren, wie die Landesregierung angesichts dieser Entscheidungen den Mehrwert und die positive Arbeit europäischer Zusammenarbeit auf der regionalen und kommunalen Ebenen besser hervorheben und unterstützen wolle.

Die Entscheidung seines Heimatkreises Heinsberg, aus dem Euregio-Netzwerk auszutreten, halte er für falsch, sie unterliege aber der kommunalen Selbstverwaltung, merkt **Dr. Günther Bergmann (CDU)** an. Unabhängig davon werde das Engagement der Landesregierung für grenzüberschreitende Maßnahmen sehr positiv gesehen, da getroffene Maßnahmen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit entscheidend förderten.

Er nenne den Einsatz der Landesregierung, insbesondere des Ministers Nathanael Liminski (MBEIM), für die im vergangenen Jahr umkämpften Interreg-Mittel. Dadurch seien die Euregios in einer guten Position, die nicht als selbstverständlich erachtet werden dürfe. Im Vergleich zu früher würden Interreg-Mittel mittlerweile nicht mehr vorzugsweise an die im Übrigen mittlerweile nicht mehr ganz so neuen Bundesländer vergeben.

Die bereits im Entwurf des Haushaltsgesetzes für das Jahr 2026 vorgesehenen Mittel für die GrenzInfoPunkte seien während der Haushaltsberatungen im Rahmen der Ergänzungsvorlage noch um 300.000 Euro erhöht worden. Die CDU-Fraktion habe dem zugestimmt. Vorher hatte die niederländische Regierung eine Finanzierung der GrenzInfoPunkte in gleicher Höhe zugesagt, und das bemerkenswerterweise trotz des dortigen Regierungswechsels.

Die Entscheidung der Landeshauptstadt Düsseldorf, aus dem Euregio-Netzwerk auszutreten, verstehe er ebenfalls nicht. Die Beweggründe für die Entscheidung kenne er nicht. Düsseldorf spare sich nun die an die Euregios zu zahlenden Beiträge. Die Anzahl niederländischer Besucher werde der Austritt wohl nicht beeinflussen, sodass Düsseldorf von diesen weiterhin profitieren werde.

Vorsitzender Stefan Engstfeld merkt an, dass er die Entscheidung der schwarz-grünen Ratsmehrheit in Düsseldorf ebenfalls nicht nachvollziehen könne.

Auf kommunaler Ebene habe das Land angesichts der kommunalen Selbstverwaltung keinen Einfluss, auf Landesebene könnten Themen aber in den Fokus gerückt werden, sagt **Dr. Werner Pfeil (FDP)**. Seit Jahren würden zahlreiche Projekte mit Haushaltsmitteln hinterlegt, und durch diese müsse der Vorteil der Euregios aufgezeigt werden.

Seit drei Jahren würden die Vertreter der Euregios im Ausschuss für Europa und Internationales von ihren Schwerpunkten berichten. Hervorgehend aus einem Interreg-Projekt der südlichsten Euregio seien die GrenzInfoPunkte verstetigt worden, und deren in der 17. Legislaturperiode angestoßene Finanzierung des Landes führe die derzeitige Landesregierung fort. An Euregioprofilschulen würden in Deutschland, in Belgien und in den Niederlanden die Kultur und die Sprachen der Nachbarländer gefördert. Euregioprofilschule zu werden, stände allen Schulformen offen.

Die Entscheidungen in Heinsberg und in Düsseldorf, das Euregio-Netzwerk zu verlassen, verstehe er nicht. Im Falle von Düsseldorf, das dem Netzwerk nicht von Anfang an angehört habe, habe womöglich die Entfernung zur Grenze eine Rolle gespielt. Abgesehen aller Gründe für die Austritte müssten für die Stärkung der Euregios Projekte mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa für die Landesregierung Priorität habe. Dieser Ansatz habe sich bei den GrenzInfoPunkten – diese richteten sich an Arbeitnehmerinnen und Abreitnehmer, die jenseits der Grenze arbeiten wollten – bewährt, müsse aber auf andere Projekte ausgeweitet werden.

Die Landesregierung könne die getroffenen Entscheidungen nicht bewerten und kenne die dazu intern geführten Diskussion nicht, hält **StS Christian Wiermer (MBEIM)**. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung stehe die Mitgliedschaft in einem kommunalen Zweckverband jeder kreisfreien Stadt, jedem Kreis und jeder Kommune frei. Unter anderem durch Maßnahmen wie den „Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur“ versuche die Landesregierung Rahmenbedingungen zu schaffen, durch die Kommunen Spielräume erhielten und ihre eigenen Schwerpunkte im eigenen Ermessen justieren könnten. Ihm lägen keine Informationen darüber vor, dass weitere Regionen über einen Austritt aus dem Euregio-Netzwerk nachdachten.

Die weitere Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, welche die Landesregierung, der Landtag und der Ausschuss für Europa und Internationales für wichtig erachteten, habe Priorität. Die Landesregierung werde dafür alle Möglichkeiten ausschöpfen. Neben der Sicherung der Finanzierung der GrenzInfoPunkte verweise er auf die Grenzlandkonferenz, bei der Akteure der Region, darunter die Euregios, zusammenkämen und konkrete Ergebnisse erzielten. Mit den Europa-Schecks fördere die Landesregierung in den Kommunen das europäische Engagement der Zivilgesellschaft.

Für den Mehrwert europäischer Netzwerke sei das Einstein-Teleskop ein gutes Beispiel, fügt **Dr. Werner Pfeil (FDP)** an.

Die Landesregierung habe mit ihrem Engagement für eine Erhöhung der Anzahl gemeinsamer Polizeiteams mit Belgien und den Niederlanden, die effizient eingesetzt

würden, gesorgt, fügt **Dr. Günther Bergmann (CDU)** an. Dies stelle einen großen Fortschritt dar und sende sowohl hinsichtlich des Politikfeldes als auch für die Region das richtige Signal. Die gemeinsamen Polizeiteams würden binational besetzt und agierten auf beiden Seiten der Grenze. Sie seien unter anderem für die Bekämpfung der illegalen Entsorgung von Drogenmüll relevant.

11 Verschiedenes

a) Vorankündigung eines Termins am 29. Juni 2026 von 10:00 Uhr bis 16:30 Uhr

Vorsitzender Stefan Engstfeld weist auf den von der Landesregierung und dem Verein „Auslandsgesellschaft.de“ geplanten Städtepartnerschaftsgipfel „NRW meets UK: 80 Jahre Freundschaft“ am 29. Juni von 10:00 Uhr bis 16:30 Uhr im Landtag Nordrhein-Westfalen hin. Die Einladung und weitere Informationen würden folgen.

b) Möglicher Besuch des nordmazedonischen Außenministers in der Sitzung am 17. April 2026

Die Landesregierung erfrage, ob seitens des Ausschusses für Europa und Internationales Interesse bestehe, den nordmazedonischen Außenminister in die Ausschusssitzung am 17. April 2026 einzuladen, informiert **Vorsitzender Stefan Engstfeld**. Der nordmazedonische Außenminister werde wahrscheinlich Düsseldorf besuchen, um das Partnerschaftsabkommen zwischen Nordrhein-Westfalen und Nordmazedonien zu erneuern. Sofern sich die Ausschussmitglieder mehrheitlich dafür aussprächen, werde die Landesregierung in Erfahrung bringen, ob ein Besuch ermöglicht werden könne.

Er weise noch darauf hin, dass in der Sitzung am 17. April 2026 die Botschafterin der Republik Zypern in der Bundesrepublik Deutschland, Maria Papakyriakou, das Programm der zypriotischen EU-Ratspräsidentschaft vorstellen werde. Am Abend vorher werde in der Staatskanzlei eine öffentliche Veranstaltung mit ihr stattfinden.

> Der Ausschuss befürwortet bei Ablehnung der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abwesenheit der AfD-Fraktion eine Teilnahme des nordmazedonischen Außenministers an der Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 17. April 2026 zu erbitten.

Die Erneuerung des Partnerschaftsabkommens mit Nordmazedonien sei für den 18. April 2026 geplant, ergänzt **StS Christian Wiermer (MBEIM)**. Der Außenminister müsste für einen Besuch der Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales also einen Tag früher kommen. In Anbetracht des mehrheitlichen Votums werde die Landesregierung erfragen, ob ein Besuch des nordmazedonischen Außenministers ermöglicht werden könne. Erste Signale seitens Nordmazedonien seien positiv gewesen.

Ein Besuch böte die Möglichkeit des Austauschs mit einem hochrangigen Vertreter der lebendigen Partnerschaft mit Nordmazedonien. Unter anderem im Hinblick auf die Diskussion über eine Erweiterung der Europäischen Union sei der Austausch mit Nordmazedonien von Interesse.

c) Nachtrag zu Tagesordnungspunkt 6 – Verfahren der Bewilligung von Ausnahmegenehmigungen zum Besuch ausländischer Schulen in den an NRW angrenzenden Staaten – in der Sitzung am 5. Dezember 2025

In der Sitzung am 5. Dezember 2025 sei unter dem Tagesordnungspunkt 6 – Verfahren der Bewilligung von Ausnahmegenehmigungen zum Besuch ausländischer Schulen in den an NRW angrenzenden Staaten – insbesondere von Andrea Reh (SPD) und Dr. Werner Pfeil (FDP) der Wunsch geäußert worden, die Möglichkeit einer statistischen Erfassung der Fälle, beispielsweise über Aktenzeichen, zu prüfen, leitet **StS Christian Wiermer (MBEIM)** ein (siehe Ausschussprotokoll 18/1089).

Eine Erfassung der Aktenzeichen würde nur aufzeigen, wie viele Antrage gestellt, aber nicht, wie und vor welchem Hintergrund diese beschieden worden seien. Letzteres stelle den interessanteren Sachverhalt dar. Laut des zuständigen Ministeriums für Schule und Bildung ständen Bürokratie sowie der Aufwand und der Nutzen einer Erfassung daher in keinem sinnvollen Verhältnis. Diese Einschätzung teile er.

gez. Stefan Engstfeld
Vorsitzender

3 Anlagen
22.04.2026/23.04.2026

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen FDP

Dr. Werner Pfeil

Mitglied des Landtags NRW
Vorsitzender des Rechtsausschusses

Sprecher im Rechtsausschuss
Sprecher für Europa und Internationales
Sprecher im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „OVG-Besetzung"
Sprecher im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss "Terroranschlag vom 23.08.2024"

18.12.2025

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Europa und Internationales
Herrn Stefan Engstfeld MdL

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Beantragung von Berichten der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 9. Januar 2026

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 9. Januar 2026 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage von schriftlichen Berichten der Landesregierung zu nachstehenden Themen.

1. **Fehlende Finanzierung des Programms „Konkreter Friedensdienst" im Haushalt 2026**

Das internationale Programm „Konkreter Friedensdienst" ermöglicht jungen Menschen – neben den eher „klassischen" Zielgruppen wie Schülerinnen und Schülern (Gymnasium) und Studierenden auch eher benachteiligten Jugendlichen (z.B. Gruppen aus Jugendhäusern) sowie Auszubildenden und Absolventinnen und Absolventen der beruflichen Bildung (einschließlich des Handwerks) aus Nordrhein-Westfalen – erste internationale Lernerfahrungen und fördert die globale Vernetzung im Rahmen eines 3-12 wöchigen, selbstorganisierten Aufenthalt in einem Partnerprojekt. Besonders hervorzuheben ist z.B. die bestehende zivilgesellschaftliche und handwerkliche Zusammenarbeit mit Namibia unter Beteiligung der Handwerkskammer Münster, die neben den NRW-Schwerpunktregionen eine geeignete Projektregion darstellt. Gerade der Auf- und Ausbau von niederschwelligen Kooperationen im Bereich der Beruflichen Bildung unterstützt hier mittelbar internationale wirtschaftliche Entwicklung; ggfs. auch mit positiven Auswirkungen auf den hiesigen Arbeitsmarkt. Hierbei erscheint die durch das Programm gewährte Förderung von bis 1.000 EUR pro Teilnehmenden/Teilnehmender ein durchaus „kostengünstiger" Hebel zur Aktivierung von Engagement und Weltoffenheit.

FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 884 4410
werner.pfeil@landtag.nrw.de
www.werner-pfeil.com

@FDPFraktionNRW
/FDPFraktionNRW
fdplf_nrw
FDPFraktionNRW

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen FDP

Im Haushaltsplan 2026 sind keine Mittel des Landes Nordrhein-Westfalen für dieses Programm vorgesehen. Vor dem Hintergrund globaler Krisen, wie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und dem Terrorangriff der Hamas gegen Israel am 7. Oktober 2023, erscheint es jedoch dringlicher denn je, jungen Menschen den Zugang zu internationalem Engagement zu ermöglichen und zivile Friedensarbeit zu stärken. Die finanziellen Mittel in Höhe 200.000 EUR sind essenziell für eine nachhaltige Umsetzung des Programms.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, insbesondere zu folgenden Fragestellungen:

> Plant die Landesregierung, im Haushaltsjahr 2027 erneut Mittel für das Programm „Konkreter Friedensdienst“ bereitzustellen?
> Welche alternativen Fördermöglichkeiten werden geprüft, um das Programm auch ohne direkte Haushaltsmittel zu ermöglichen?
> In welcher Form hat sich die Landesregierung mit zivilgesellschaftlichen und fachlichen Akteurinnen und Akteuren über die Zukunft des Programms abgestimmt?
> Welche Projekte mit ähnlicher Zielsetzung werden derzeit aus Mitteln des Landes im Bereich der internationalen Jugend- und Bildungspolitik unterstützt?

2. Der EU-Reisepass, die EU-Travel-App – und was mit unseren Daten in Europa passiert

Am 19. November 2025 haben die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten das Verhandlungsmandat des Rates für eine neue EU-Verordnung angenommen, die die Einführung einer sogenannten EU-Travel-App ermöglichen soll. Diese digitale Reiseanwendung soll es Bürgerinnen und Bürgern künftig erlauben, Reisedokumente und Ausweisdaten über eine mobile App zu übermitteln. Die Nutzung der App soll freiwillig bleiben. Ziel ist unter anderem, die Echtheitsprüfung von Dokumenten zu erleichtern und die Nutzung gefälschter Papiere zu erschweren. Eine Verknüpfung mit bestehenden Systemen wie dem Ein-/Ausreisesystem (EES) und dem Reisegenehmigungssystem ETIAS ist vorgesehen. Ein konkretes Startdatum liegt bislang nicht vor.

Die Anwendung wirft zentrale Fragen im Hinblick auf den Schutz personenbezogener Daten und die rechtlichen Zuständigkeiten auf nationaler Ebene auf. Insbesondere für Nordrhein-Westfalen stellen sich im Hinblick auf das Polizei- und Datenschutzrecht grundlegende Fragen.

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen FDP

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, insbesondere zu folgenden Fragestellungen:

Welche Informationen liegen der Landesregierung darüber vor, was mit den in der EU-Travel-App enthaltenen Daten nach nordrhein-westfälischem Landesrecht geschieht, sobald diese bei einem EU-Grenzübertritt genutzt wurden?
Sieht die Landesregierung rechtliche Möglichkeiten oder Risiken, dass die in der EU-Travel-App gespeicherten Daten auch für andere Zwecke – etwa auf Grundlage des Polizeigesetzes NRW oder durch Behörden anderer EU-Mitgliedstaaten – verwendet werden könnten?
Wie bewertet die Landesregierung die in der Anhörung zur Achten Änderungen des Polizeigesetzes am 30. Oktober 2025 von der Landesbeauftragten für Datenschutz geäußerten verfassungsrechtlichen Bedenken im Zusammenhang mit der Nutzung digitaler Reisedaten?
Auf welche Weise wird sich die Landesregierung in zukünftige Gespräche, Verhandlungen und Prozesse auf europäischer Ebene einbringen, um den Schutz der Daten sowie die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens sicherzustellen?
Ist das Land Nordrhein-Westfalen über den Bundesrat oder andere Mechanismen an den weiteren europäischen Diskussionen zur Einführung und Ausgestaltung der EU-Travel-App beteiligt?

3. Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland bzw. das Land Nordrhein-Westfalen

Die Europäische Kommission überwacht die ordnungsgemäße Umsetzung und Anwendung des EU-Rechts in den Mitgliedstaaten. Wird ein möglicher Verstoß festgestellt, kann sie ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten. Solche Verfahren können sowohl die Bundesrepublik Deutschland insgesamt als auch einzelne Länder betreffen, sofern sie für die Umsetzung der jeweiligen EU-Vorgaben zuständig sind.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, insbesondere zu folgenden Fragestellungen:

Wie viele Vertragsverletzungsverfahren hat die Europäische Kommission aktuell gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet und um welche Verfahren handelt es sich konkret?

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen FDP

Gibt es Vertragsverletzungsverfahren, die Nordrhein-Westfalen unmittelbar betreffen oder bei denen das Land in besonderer Weise eingebunden ist?

4. Aktueller Sachstand EU-Kohäsionspolitik zum 31.12.2025

Die EU-Kohäsionspolitik stellt ein zentrales Instrument zur Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts innerhalb der Europäischen Union dar. Nordrhein-Westfalen profitiert in erheblichem Maße von den Mitteln der Strukturfonds, insbesondere des EFRE und ESF+. Vor dem Hintergrund des bevorstehenden Jahreswechsels und der anstehenden neuen Förderperiode ist eine Bestandsaufnahme zum Umsetzungsstand und zu den Planungen der Landesregierung von besonderem Interesse.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, insbesondere zu folgenden Fragestellungen:

Wo stehen wir bei der EU-Kohäsionspolitik zum 31.12.2025 und was sind die Ziele und Planungen der NRW-Landesregierung für das neue Jahr?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Werner Pfeil

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen FDP

Dr. Werner Pfeil

Mitglied des Landtags NRW
Vorsitzender des Rechtsausschusses

Sprecher im Rechtsausschuss
Sprecher für Europa und Internationales
Sprecher im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss "Terroranschlag vom 23.08.2024"

24.02.2026

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Europa und Internationales
Herrn Stefan Engstfeld MdL

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Beantragung von Berichten der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 13. März 2026

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 13. März 2026 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage von schriftlichen Berichten der Landesregierung zu nachstehenden Themen.

1. **Sachstandsbericht zur illegalen Entsorgung von Drogenmüll aus den Niederlanden in Nordrhein-Westfalen**

Bereits im vergangenen Jahr[1] war die zunehmende illegale Entsorgung von Abfällen aus der Produktion synthetischer Drogen aus den Niederlanden in Nordrhein-Westfalen ein Thema. Damals wurde unter anderem über Fälle berichtet, in denen chemische Rückstände aus der Drogenproduktion in Gülle aus den Niederlanden beigemischt und auf landwirtschaftlichen Flächen im Kreis Heinsberg ausgebracht wurden.

Aktuelle Berichte, unter anderem des WDR vom 22.02.2026[2], weisen darauf hin, dass die Problematik weiter zunimmt. Nach Angaben des Landeskriminalamts hat sich die Zahl der registrierten Fälle seit 2023 jährlich verdoppelt. In mehreren Kommunen, darunter Stolberg, Bornheim, Ahlen, Preußisch Oldendorf, Selfkant und Wachtendonk, wurden erhebliche Mengen hochgefährlicher chemischer Abfälle entdeckt. Allein in Stolberg bei

FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 884 4410
werner.pfeil@landtag.nrw.de
www.werner-pfeil.com

[1] https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/guelle-drogen-niederlande-nrw-100.html
[2] https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/drogen-abfall-nrw-lka-giftig-100.html

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen FDP

Aachen wurden rund 51.000 Liter chemischer Abfälle entdeckt, die mutmaßlich aus einer illegalen Drogenproduktion stammen. Die Stoffe bergen erhebliche Risiken für Boden, Grundwasser und die landwirtschaftliche Nutzung.

Ermittlungsbehörden sprechen von einem möglichen Verdrängungseffekt infolge verschärfter Maßnahmen niederländischer Behörden gegen entsprechende Entsorgungspraktiken. Zugleich stehen betroffene Grundstückseigentümer nach derzeitiger Rechtslage vielfach vor erheblichen finanziellen Belastungen, wenn Verursacher nicht ermittelt werden können.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zum aktuellen Sachstand und zu geplanten Maßnahmen der Landesregierung.

2. Fehlende Finanzierung des Programms „Konkreter Friedensdienst“ im Haushalt 2026

Das internationale Programm „Konkreter Friedensdienst“ ermöglicht jungen Menschen – neben den eher „klassischen“ Zielgruppen wie Schülerinnen und Schülern (Gymnasium) und Studierenden auch eher benachteiligten Jugendlichen (z.B. Gruppen aus Jugendhäusern) sowie Auszubildenden und Absolventinnen und Absolventen der beruflichen Bildung (einschließlich des Handwerks) aus Nordrhein-Westfalen – erste internationale Lernerfahrungen und fördert die globale Vernetzung im Rahmen eines 3-12 wöchigen, selbstorganisierten Aufenthalt in einem Partnerprojekt. Besonders hervorzuheben ist z.B. die bestehende zivilgesellschaftliche und handwerkliche Zusammenarbeit mit Namibia unter Beteiligung der Handwerkskammer Münster, die neben den NRW-Schwerpunktregionen eine geeignete Projektregion darstellt. Gerade der Auf- und Ausbau von niederschwelligen Kooperationen im Bereich der Beruflichen Bildung unterstützt hier mittelbar internationale wirtschaftliche Entwicklung; ggfs. auch mit positiven Auswirkungen auf den hiesigen Arbeitsmarkt. Hierbei erscheint die durch das Programm gewährte Förderung von bis 1.000 EUR pro Teilnehmenden/Teilnehmender ein durchaus „kostengünstiger“ Hebel zur Aktivierung von Engagement und Weltoffenheit.

Im Haushaltsplan 2026 sind keine Mittel des Landes Nordrhein-Westfalen für dieses Programm vorgesehen. Vor dem Hintergrund globaler Krisen, wie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und dem Terrorangriff der Hamas gegen Israel am 7. Oktober 2023, erscheint es jedoch dringlicher denn je, jungen Menschen den Zugang zu internationalem Engagement zu ermöglichen und zivile Friedensarbeit zu stärken. Die finanziellen

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen FDP

Mittel in Höhe 200.000 EUR sind essenziell für eine nachhaltige Umsetzung des Programms.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, insbesondere zu folgenden Fragestellungen:

Plant die Landesregierung, im Haushaltsjahr 2027 erneut Mittel für das Programm „Konkreter Friedensdienst“ bereitzustellen?
Welche alternativen Fördermöglichkeiten werden geprüft, um das Programm auch ohne direkte Haushaltsmittel zu ermöglichen?
In welcher Form hat sich die Landesregierung mit zivilgesellschaftlichen und fachlichen Akteurinnen und Akteuren über die Zukunft des Programms abgestimmt?
Welche Projekte mit ähnlicher Zielsetzung werden derzeit aus Mitteln des Landes im Bereich der internationalen Jugend- und Bildungspolitik unterstützt?

3. Der EU-Reisepass, die EU-Travel-App – und was mit unseren Daten in Europa passiert

Am 19. November 2025 haben die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten das Verhandlungsmandat des Rates für eine neue EU-Verordnung angenommen, die die Einführung einer sogenannten EU-Travel-App ermöglichen soll. Diese digitale Reiseanwendung soll es Bürgerinnen und Bürgern künftig erlauben, Reisedokumente und Ausweisdaten über eine mobile App zu übermitteln. Die Nutzung der App soll freiwillig bleiben. Ziel ist unter anderem, die Echtheitsprüfung von Dokumenten zu erleichtern und die Nutzung gefälschter Papiere zu erschweren. Eine Verknüpfung mit bestehenden Systemen wie dem Ein-/Ausreisesystem (EES) und dem Reisegenehmigungssystem ETIAS ist vorgesehen. Ein konkretes Startdatum liegt bislang nicht vor.

Die Anwendung wirft zentrale Fragen im Hinblick auf den Schutz personenbezogener Daten und die rechtlichen Zuständigkeiten auf nationaler Ebene auf. Insbesondere für Nordrhein-Westfalen stellen sich im Hinblick auf das Polizei- und Datenschutzrecht grundlegende Fragen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, insbesondere zu folgenden Fragestellungen:

Welche Informationen liegen der Landesregierung darüber vor, was mit den in der EU-Travel-App enthaltenen Daten nach nordrhein-

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen FDP

westfälischem Landesrecht geschieht, sobald diese bei einem EU-Grenzübertritt genutzt wurden?
Sieht die Landesregierung rechtliche Möglichkeiten oder Risiken, dass die in der EU-Travel-App gespeicherten Daten auch für andere Zwecke – etwa auf Grundlage des Polizeigesetzes NRW oder durch Behörden anderer EU-Mitgliedstaaten – verwendet werden könnten?
Wie bewertet die Landesregierung die in der Anhörung zur Achten Änderungen des Polizeigesetzes am 30. Oktober 2025 von der Landesbeauftragten für Datenschutz geäußerten verfassungsrechtlichen Bedenken im Zusammenhang mit der Nutzung digitaler Reisedaten?
Auf welche Weise wird sich die Landesregierung in zukünftige Gespräche, Verhandlungen und Prozesse auf europäischer Ebene einbringen, um den Schutz der Daten sowie die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens sicherzustellen?
Ist das Land Nordrhein-Westfalen über den Bundesrat oder andere Mechanismen an den weiteren europäischen Diskussionen zur Einführung und Ausgestaltung der EU-Travel-App beteiligt?

4. Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland bzw. das Land Nordrhein-Westfalen

Die Europäische Kommission überwacht die ordnungsgemäße Umsetzung und Anwendung des EU-Rechts in den Mitgliedstaaten. Wird ein möglicher Verstoß festgestellt, kann sie ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten. Solche Verfahren können sowohl die Bundesrepublik Deutschland insgesamt als auch einzelne Länder betreffen, sofern sie für die Umsetzung der jeweiligen EU-Vorgaben zuständig sind.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, insbesondere zu folgenden Fragestellungen:

Wie viele Vertragsverletzungsverfahren hat die Europäische Kommission aktuell gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet und um welche Verfahren handelt es sich konkret?
Gibt es Vertragsverletzungsverfahren, die Nordrhein-Westfalen unmittelbar betreffen oder bei denen das Land in besonderer Weise eingebunden ist?

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen FDP

5. Aktueller Sachstand EU-Kohäsionspolitik zum 31.12.2025

Die EU-Kohäsionspolitik stellt ein zentrales Instrument zur Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts innerhalb der Europäischen Union dar. Nordrhein-Westfalen profitiert in erheblichem Maße von den Mitteln der Strukturfonds, insbesondere des EFRE und ESF+. Vor dem Hintergrund des bevorstehenden Jahreswechsels und der anstehenden neuen Förderperiode ist eine Bestandsaufnahme zum Umsetzungsstand und zu den Planungen der Landesregierung von besonderem Interesse.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, insbesondere zu folgenden Fragestellungen:

> Wo stehen wir bei der EU-Kohäsionspolitik zum 31.12.2025 und was sind die Ziele und Planungen der NRW-Landesregierung für das neue Jahr?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Werner Pfeil

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Europa und Internationales
Stefan Engstfeld, MdL

- per E-Mail -
[redacted]

INGE BLASK, MdL
Sprecherin für Europa & Internationales

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510
E-Mail:
inge.blask@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

27. Februar 2026

Beantragung von Tagesordnungspunkten für die Sitzung am 13. März 2026

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 13. März 2026:

TOP - „Aktueller Stand der Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) in Nordrhein-Westfalen“

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) wurde im Mai 2024 auf europäischer Ebene beschlossen. Mit Inkrafttreten der einschlägigen Verordnungen am 11. Juni 2024 begann die zweijährige Umsetzungsfrist bis zum 11. Juni 2026. Wie im schriftlichen Bericht der Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration vom 13. Dezember 2024 dargestellt wird, liegt die rechtliche Umsetzung primär beim Bund, insbesondere durch das GEAS-Anpassungsgesetz und das GEAS-Anpassungsfolgengesetz.[1]
Auf Bundesebene wurden im September 2025 die entsprechenden Gesetzentwürfe zur nationalen Umsetzung der GEAS-Reform im Kabinett auf

1 Siehe MMV18-3417; MMV18-3483; Apr18/791.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

den Weg gebracht. Das GEAS-Anpassungsgesetz sowie das GEAS-Anpassungsfolgegesetzes werden aktuell in 2./3. Lesung abschließend im Deutschen Bundestag beraten.

Die Bundesregierung arbeitet an der vollständigen Umsetzung. Diese soll mit der notwendigen Sorgfalt in enger Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern erfolgen und die praktische Anwendbarkeit der neuen Regelungen ab dem 12. Juni 2026 sicherstellen, stelle aber mit Blick auf die – aufgrund der föderalen Strukturen erforderlichen – umfassenden und fortlaufenden Abstimmungen zwischen Bund und Ländern eine erhebliche Herausforderung dar.[2]

Gleichzeitig wurde im Kontext der Innenministerkonferenz von Fachverbänden – insbesondere mit Blick auf die Identifizierung und Berücksichtigung besonders schutzbedürftiger Personen – auf rechtliche und praktische Bedarfe in den Umsetzungsstrategien und im Verantwortungsbereich vor allem auch der Länder hingewiesen.[3]

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie schätzt die Landesregierung den Stand der Abstimmungen zwischen Landesregierung und den zuständigen Bundesbehörden zur praktischen Umsetzung der neuen GEAS-Instrumente ein?
- Welche konkreten landesseitigen Schritte und Vorbereitungen wurden im Kontext des aktuellen Standes des bundesgesetzlichen Umsetzungsverfahrens (GEAS-Anpassungsgesetz und GEAS-Anpassungsfolgengesetz) sowie mit Blick auf die nahende Umsetzungsfrist im Juni 2026 durch die Landesregierung bereits eingeleitet?

---

[2] BMI (2025): Umsetzungsstand GEAS https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2025/09/geas-umsetzung.html (letzter Zugriff: 20.02.2026); Deutscher Bundestag (2026): Drucksache 21/3818.

[3] Deutsches Institut für Menschenrechte (2025): Umsetzung der GEAS-Reform: Vulnerabilitäten erkennen und berücksichtigen. Empfehlungen anlässlich der 224. Sitzung der Innenministerkonferenz vom 03.12. bis 05.12.2025.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

- Welche organisatorischen, personellen und technischen Maßnahmen plant die Landesregierung zur Vorbereitung auf die neuen Screening-, Registrierungs- und Verfahrensvorgaben des GEAS ab Juni 2026 zu treffen?
- Wie stellt das Land in diesem Rahmen sicher, dass besonders schutzbedürftige Personen – insbesondere Menschen mit Behinderungen oder Traumageschichte, Betroffene von häuslicher Gewalt, unbegleitete Minderjährige; Minderjährige im Familienkontext oder andere vulnerable Gruppen – frühzeitig identifiziert und ihre besonderen Bedarfe im Verfahren berücksichtigt werden?
- Welche finanziellen und personellen Mehrbedarfe – insbesondere auch mit Blick auf besonders schutzbedürftige Personen – erwartet die Landesregierung für die Umsetzung des GEAS ab Juni 2026?
- Wie bewertet und berücksichtigt die Landesregierung die Hinweise aus der Fachpraxis und von zivilgesellschaftlichen Organisationen hinsichtlich möglicher menschenrechtlicher, verfahrensrechtlicher oder praktischer Herausforderungen bei der GEAS-Umsetzung?

TOP – Landeshauptstadt Düsseldorf tritt aus EUREGIO-Netzwerk aus

Mit großer Verwunderung haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Landeshauptstadt Düsseldorf per Ratsbeschluss aus den EUREGIOs Rhein-Waal und Rhein-Maas-Nord ausgetreten ist.

Gleichermaßen ist auch der Kreis Heinsberg vorgegangen, der den Austritt aus der EUREGIO Maas-Rhein-Nord bereits im Sommer letzten Jahres vollzogen hat.

Unseren Informationen nach sind beide Entscheidungen mit hohen Kosten und geringem Nutzen begründet worden. Die Mitgliedschaft Düsseldorfs in den beiden EUREGIOs stand die Stadt indes mit rund 75.000€ im Jahr zu Buche. Im Haushalt einer so großen Stadt wie Düsseldorf ist das eine fast schon „zu vernachlässigende“ Summe.

Die Austritte und deren Begründung haben aus unserer Sicht nicht nur eine fatale Signalwirkung für die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit unseren Partnern in den BENELUX-Ländern, sondern betreffen auch konkrete Projekte, wie z.B. INTERREG, die in Düsseldorf und Heinsberg selbst wirken.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

Vor diesem Hintergrund möchten wir die Landesregierung fragen:

- Wie bewertet die Landesregierung den Austritt ihrer Landeshauptstadt aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit?
- Sind der Landesregierung aus ihrem Austausch mit kommunalen Akteuren noch weitere Pläne von Städten und Kreisen bekannt, sich aus europäischen Netzwerken zurückzuziehen?
- Wie plant die Landesregierung angesichts dieser Ereignisse, die positive Arbeit und den Mehrwert europäischer Zusammenarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene besser herauszustellen und zu unterstützen?

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.